



Niederschrift

47. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Februar 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 16 der Tagesordnung: Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe:

Punkt 16.1 der Tagesordnung: Reinigungsdienste rekommunalisieren und Reinigungskräfte in städtische Beschäftigungsverhältnisse übernehmen
Interfraktioneller Antrag: DIE LINKE., KAL/Die PARTEI
Vorlage: 2022/0592

Punkt 16.2 der Tagesordnung: Organisation der Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe: Vorbereitung einer strategischen Grundsatzentscheidung
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD
Vorlage: 2022/0679

Punkt 16.2.1 der Tagesordnung: Organisation der Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe: Vorbereitung einer strategischen Grundsatzentscheidung
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD
Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, SPD
Vorlage: 2022/0679/1

Punkt 16.3 der Tagesordnung: Grundsatzentscheidung zu kommunalen Reinigungsleistungen und der Übernahme von zusätzlichen Reinigungskräften in städtische Beschäftigungsverhältnisse
Interfraktioneller Ergänzungs-/Änderungsantrag: DIE LINKE., KAL/Die PARTEI
Vorlage: 2023/0189

Beschluss:

Erstellung einer Konzeption mit 50 % Eigenbeschäftigung für die Haushaltsberatungen

Abstimmungsergebnis:

Antrag 2022/0562: erledigt

Anträge 2022/0679 und 2022/0189: als Prüfauftrag mehrheitliche Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss am 2. Februar 2023 und im Hauptausschuss am 14. Februar 2023.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Spätestens heute, jetzt nach dem Radiobeitrag in SWR 4, mit dem Interview einer externen städtischen Reinigungskraft, sollte jedem und jeder hier im Raum klar sein, wovon ich seit vielen Monaten rede. Wenn ich mich bislang vielleicht nicht klar genug ausgedrückt haben sollte, es gibt Beschäftigte von externen Dienstleistern, Reinigungsdiensten, die definitiv nicht nach dem Tariftreuegesetz bezahlt werden, die nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, geschweige denn den tariflichen Mindestlohn von 13 Euro, der ihnen seit letztem Jahr zustünde und wenn sie Pech haben, von ihrem Arbeitgeber im Krankheitsfall auch keine Lohnfortzahlung erhalten und die als Migrant*innen mit schlechten Deutschkenntnissen in geringfügiger Beschäftigung arbeiten und nicht glauben können, dass auch sie als festangestellte Mitarbeiter*innen Rechte haben, die sie einfordern könnten. Darum ging es mir in den vergangenen Wochen und Monaten, das klarzustellen. Ich habe nie behauptet, dass alle dieser Firmen so umgehen und so vorgehen, aber es gibt sie, diese schwarzen Schafe, und 10 Euro Stundenlohn sind einfach eine Schande, eine Schande für uns alle. Die Stadt ist in der Mitverantwortung, die Stadt ist der eigentliche Arbeitgeber, der Auftraggeber und darf sich deshalb nicht aus dieser Verantwortung stehlen und wegschauen.

Alle im Auftrag der Stadt arbeitenden Menschen sollten von ihrer Arbeit ihre Existenz bestreiten können und nicht zum Amt gehen müssen, um Aufstockung nach Hartz IV oder Kosten der Unterkunft zu beantragen. Sie zahlen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, erreichen aber mit diesen Beiträgen im Alter keine ausreichende Rente. Auch dann wieder der Gang zum Amt, welcher ein Mangel an Respekt gegenüber Menschen, die wirklich einen Knochenjob ausüben. Deshalb muss das angestrebte Qualitätsmanagement mehr wahrnehmen, als mit dem Glacéhandschuh über schlecht geputzte Stellen zu streichen, um Beweise für schlechte Leistung zu sammeln. Der Arbeitsdruck muss gesenkt werden, das verbessert das Ergebnis, und wenn die Arbeitsbedingungen verbessert werden, wird auch die Leistung besser, und dazu gehört eben auch die bessere Bezahlung. Wäre es nicht viel einfacher, gleich die Mitarbeiter*innen im städtischen Dienst für anständiges Gehalt nach TVÖD zu beschäftigen? Die Differenz wird immer kleiner. Wenn ich sehe, dass wir von 13 Euro Tariflohn in der Branche des IG Bautarifs reden und jetzt von ca. 13,70 Euro reden, wenn es um städtische Beschäftigung geht, dann finde ich, ist die Differenz nicht mehr so groß und wir sollten darüber nachdenken, direkt die 50 Prozent zu beschäftigen.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Gerade finden die Tarifverhandlungen für TVÖD für Beschäftigte von Bund und Kommunen statt und wir, die Stadt Karlsruhe, als Arbeitgeberin, sind daran über die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände auch beteiligt. Es finden also erst Tarifverhandlungen statt, dann kommt man hoffentlich zu einer Einigung, und am Ende wird ein Tarif beschlossen, der festlegt, was wir für welche Tätigkeit zahlen wollen, auch für Reinigung. Der Stundenlohn, auf den wir uns mit den Beschäftigten einigen, liegt über dem im Tarifvertrag Reinigung. Außerdem gibt es bei uns im TVÖD zum Beispiel Weihnachtsgeld, es gibt betriebliche Altersvorsorge, und bei uns ist auch Mitbestimmung ein wichtiges Thema und auch das kostet Geld. Es ist also klar, es ist teurer, wenn wir Reinigungskräfte selbst anstellen, aber es ist auch fair, weil auf diese Rahmenbedingungen haben wir uns geeinigt, und wir sollten uns an die Regeln halten, die wir uns selbst gegeben haben und nicht versuchen, mit Tariffucht unseren Haushalt zu sanieren.

Die Stadt möchte den Anteil der eigenen Reinigung von derzeit 26 weiter auf 20 Prozent senken. Wir fordern jetzt zusammen mit der SPD, dass wir verstärkt auf eigene Reinigungskräfte setzen und das Ziel erst mal 50 Prozent eigene Reinigung festgelegt wird. Natürlich sollen nicht von heute auf morgen alle Verträge mit externen Firmen gekündigt werden. Wir finden ja auch nicht von heute auf morgen hunderte neue Reinigungskräfte, aber nach der Abstimmung heute ist das Ziel hoffentlich klar.

Eine Sache folgt für uns dabei direkt für die Haushaltsberatung, nämlich wir werden keinem weiteren Outsourcing zustimmen und dazu notfalls auch Haushaltsanträge stellen. In der Stellungnahme zu unserem Antrag heißt es außerdem, dass ein Qualitätsmanagement eingeführt werden soll, und das begrüßen wir wirklich sehr. In der ganzen Diskussion zu dem Thema Reinigungsqualität, und das werden wir auch heute sicher noch mal erleben dürfen, gab es super viele Vorurteile, es gab Hörensagen. Gerade im Ausschuss durften alle berichten, wie bei Ihnen das Büro gereinigt wird, aber all diese gefühlte Wahrheit sollte keine Grundlage für politische Entscheidungen sein. Deswegen danke an die Verwaltung, dass da jetzt Grundlagen geschaffen werden sollen und wir endlich einen Überblick bekommen, wie denn die Reinigungsqualität ist und dass es auch Kontrollen geben soll, und zwar unabhängig davon, ob es jetzt externe oder interne Reinigungskräfte sind. Ich denke, dass die Reinigungsleistung insgesamt immer weiter verbessert werden soll. Das ist uns allen ein wichtiges Anliegen, und ich denke, da spreche ich für den ganzen Gemeinderat.

Zum Schluss noch zum SWR-Beitrag, den Karen Binder ja gerade schon angesprochen hat. Da wurden heute ja wirklich schwere Vorwürfe erhoben. Es heißt, dass bei einer privaten Firma im Auftrag der Stadt nicht nur nicht nach Tarif bezahlt wurde, nein, es wurde nicht mal Mindestlohn bezahlt. Das wäre absolut unwürdig und würde quasi all unsere Bemühungen konterkarieren. Wir alle, Verwaltung und Gemeinderat, arbeiten ja daran, dass die Stadt Karlsruhe eine gute und verantwortungsvolle Arbeitgeberin ist und das auch bleibt. Diese Verantwortung haben wir natürlich auch gegenüber Auftragnehmenden. Ich finde, die Stadt hat an der Stelle ganz richtig agiert, also reagiert, weil wir das ja untersuchen wollen. Für mich folgen daraus zwei Dinge. Erstens, unser Antrag ist gut und richtig, dass wir wieder verstärkt auf eigene Reinigungskräfte setzen wollen. Zweitens, wir sollten uns noch mal dringend mit der Kontrolle der Tariftreue auseinandersetzen, aber das nicht hier mit der Qualitätskontrolle vermischen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, wir müssen auch bei aller Emotionalität, die gerade dieser Beitrag sicherlich gezeigt hat, etwas sachlicher auch hier weiter vorgehen. Ich meine, was haben wir denn zurzeit hier gerade? Wir haben 26 Prozent zurzeit städtische Mitarbeiter und 74 Prozent externe. Wir haben natürlich immer wieder Beschwerden, und da haben Sie mich auch schon oft gehört, ja über zu viel fehlende Sauberkeit, insbesondere vor allem an Schulen. Das ist nicht hinnehmbar, und dagegen müssen wir auch mit Sicherheit immer weiter vorgehen. Das ist ganz klar, aber ausschlaggebend für diese Sauberkeit und diese Qualität ist mit Sicherheit nicht die Tatsache, ob wir städtische oder externe Fachkräfte haben, und ich glaube, hier geht die Verwaltung einen guten Weg, indem sie ein Qualitätsmanagement einfordern. Hier muss einfach eine deutlich stärkere Kontrolle stattfinden. Die Mängel müssen regelmäßig überprüft und angemahnt werden. Jetzt mit einer Forderung zu kommen, 50 Prozent städtische und 50 Prozent externe, das ist nach unserer Ansicht völlig das falsche Zeichen, völlig das falsche Signal, insbesondere bei dieser desaströsen Haushaltslage, und es hat nichts damit zu tun, dass ich den Haushalt sanieren möchte damit. Das schaffe ich sowieso nicht, sondern ich würde ihn noch weiter ja ins

Defizit treiben, aber was machen wir denn damit? Wir würden einfach einmal mehr massiv in den privaten Wirtschaftszweig eingreifen. Was wollen wir denn als Stadt noch alles tun? Damit möchte ich mitnichten diese Mängel hier irgendwie schönreden, überhaupt nicht. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, aber wir können doch nicht ständig das alles, was draußen schlecht läuft, hier als Kommune übernehmen. Im Übrigen wäre der Antrag hier gar nicht abstimmungsreif, da er haushaltsrelevant ist. Das muss man auch mal sagen. Ich bin aber gespannt auf die Einsparvorschläge, die Sie dann entsprechend bringen.

Völlig unabhängig davon aber dieser SWR-Bericht, ich werde dort ja auch entsprechend zitiert und sage, eine Bezahlung unter Mindestlohn, das geht gar nicht. Das ist richtig, aber das haben wir auch eigentlich überhaupt nicht vor. Das wollen wir doch überhaupt nicht. Die Vorwürfe müssen ganz klar überprüft werden, und es müssen Konsequenzen folgen, wenn es soweit ist, aber es ist doch schon zufällig, dass das gerade heute eben eintritt. Frau Binder, natürlich gibt es schwarze Schafe, aber wegen ein paar schwarzen Schafen müssen wir jetzt als städtische Aufgabe dies übernehmen, das kann es doch nicht sein, und ich bitte Sie, Frau Wolf, wenn Sie hier erst mal loben, wie die städtische Bezahlung ist und auf einmal sagen Sie, wir machen hier eine Tariffucht. Das machen doch nicht wir, das machen vielleicht diese schwarzen Schafe eben außerhalb, sondern wir versuchen hier lediglich, einen kleinen Bereich abzudecken, aber wir können einfach nicht alle Aufgaben selbst übernehmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Das Thema Sauberkeit städtischer Gebäude, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Schulen und Kitas, muss aus Sicht der SPD-Fraktion stärker in den Blick genommen werden. Nachdem der Gemeinderat sich nun sehr intensiv mit der Organisation der Reinigungsleistung auseinandergesetzt hat, sind wir mehr denn je bestärkt, dass wir die Reinigung nicht noch mehr aus der eigenen Hand geben wollen. Daher findet der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf den interfraktionellen Antrag von SPD und GRÜNE auch nicht unsere Unterstützung. Vielmehr wollen wir heute den Beschluss fassen, dass Eigenreinigung nicht weiter durch Fremdreinigung ersetzt wird und als Ziel festhalten, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Reinigungskräften und externen Reinigungsleistungen zu erreichen.

Ausdrücklich unterstützen wir die Einführung eines standardisierten Qualitätsmanagements, an dessen Umsetzung wir sehr gerne mitarbeiten. Ziel muss es sein, dass alle Reinigungskräfte unter guten Bedingungen gute Arbeit leisten. Sicherlich ist es gerade bei kleineren Dienststellen und Einrichtungen auch mit privaten Reinigungsunternehmen so, dass man gute Erfahrungen gesammelt hat. Häufige Wechsel des eingesetzten Personals und fehlende Kenntnis um die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Standorte können allerdings auch Gründe für unzureichend geputzte Räume sein. Unseren Rückmeldungen nach, und wir haben hierzu viele Gespräche auch mit dem Personalrat geführt, ist die Identifikation von festangestellten Mitarbeitenden im Reinigungsbereich höher und die Arbeitsqualität oft zufriedenstellender als in den Bereichen, die ausschließlich von Fremdfirmen gereinigt werden. Daher möchten wir als SPD-Fraktion ein ausgewogenes Verhältnis erreichen. Wir setzen uns ein für einen guten Mix aus eigenen Mitarbeitenden und Mitarbeitenden externer privater Firmen. Reinigungskräfte leisten eine wichtige Arbeit, und diese muss unter guten Bedingungen erfolgen. Hierauf müssen wir stärker Acht geben. Auch wir haben das heute veröffentlichte Interview mit einer Reinigungskraft gesehen. Wir danken der Stadtverwaltung für ihre unmittelbare Zusage, den Dingen nachzugehen, und freuen uns darüber hinaus, dass die Stadtverwaltung auch allgemein Wege aufzeigen wird, wie

arbeitsrechtliche Vereinbarungen auf ihre Einhaltung überprüft werden können. Tariflohn ist das Recht der Arbeitnehmenden und muss eingehalten werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion widerspricht ein ausgewogener Mix auch nicht der Einhaltung von Tarifen. Den Vorwurf der Tarifflicht machen wir an dieser Stelle nicht. Das Thema Reinigung in allen für uns relevanten Facetten wird uns sicher noch länger beschäftigen.

Stadträtin Böringer (FDP): Ein Gespenst geht um im Rathaus. Es wandert durch die langen Flure und findet auch seinen Weg in das Haus der Fraktionen. Schaut man genauer hin, es ist die Reinigungskraft, diejenigen Kräfte, die dafür sorgen, dass wir an unseren Arbeits- und Ehrenamtsarbeitsplätzen hygienisch korrekt unsere Tagwerke erledigen können. Das einzige echte Gespenst, das scheinbar immer noch herumwandert, trägt einen Namen, böser Dienstleister, guter Staat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es nicht verstehen, darauf hat Herr Hofmann hingewiesen, wie wir bei der derzeitigen Haushaltslage heute über, ich zitiere, 130 bis 140 Vollzeitäquivalente, wie es in einer Vorlage heißt, reden können. In einer der letzten Sitzungen wurde mal kurz über Einsparlisten diskutiert, und vor Weihnachten haben wir Steuern und Gebühren über Gebühr angehoben, und jetzt wird wieder über Ausgaben gesprochen. Allein dieses Ansinnen ist ein Grund zur Ablehnung.

Kurz zur Sache. Für uns stehen die Punkte Finanzen, Misstrauen und das Mittelstandsförderungsgesetz in deutlichem Gegensatz zu den Anträgen. Erstens, die städtischen Finanzen lassen die Idee mittelfristig nicht zu. Zweitens, das Misstrauen gegenüber externen Dienstleistern wirkt schon arg zwanghaft auf uns, haben wir doch alle das Schreiben der zuständigen Landesinnung erhalten. Das Gebäudereiniger-Handwerk ist kammerpflichtig und damit Teil der erfolgreichen Wirtschaftsgeschichte des Handwerks. Die Landesinnung selbst sagt, und Sie haben das überprüft in Ihrer Stellungnahme, sie zahlen über Mindestlohn, arbeiten mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zusammen. Das Handwerk ist sogar in der Berufsgenossenschaft Bau mitorganisiert. Ja, was wollen Sie mehr? Zu guter Letzt, das Mittelstandsförderungsgesetz, ich habe mich damit abgefunden, dass manche Fraktionen mit dem Mittelstand nichts anfangen können. Das ist eigentlich traurig, weil der Mittelstand die Arbeitsplätze schafft, die letzten Endes die Gelder erwirtschaften, die sie hier wieder ausgeben. Ich bin gleich fertig, ja, jetzt bin ich durch. All diese Punkte, letzter Satz, Herr Oberbürgermeister, lassen mich und meine Fraktion heute zu dem Schluss kommen, alle vorliegenden Anträge zu Punkt 16 abzulehnen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich kann mich eigentlich meiner Vorrednerin anschließen, möchte aber das, was vorher angesprochen wurde, mal aus meiner Sicht ein bisschen anders einordnen. Es wurde gleich zu Anfang verwiesen auf dieses SWR 4-Interview, nachdem offensichtlich Mitarbeiter, die für Partnerfirmen, ich nenne die lieber Partnerfirmen als Fremdfirmen, die für Partnerfirmen der Stadt arbeiten, nicht das Geld bekommen, was ihnen zusteht, und das ist eine schlimme Sache, hat aber mit dem, was wir hier gerade heute diskutieren, eigentlich nichts zu tun, sondern eher mit dem Thema Auskömmlichkeit der Verträge. Ich bin ja schon in der zweiten Legislaturperiode hier als Stadtrat und in der Firma, in der ich arbeite, bin ich auch Betriebsrat, und deswegen habe ich von Anfang an, wenn es immer darum ging, dass solche Vergaben stattgefunden haben, was Reinigung angeht - weil das sind ja Werkverträge, es sind keine Arbeitnehmer in Arbeitnehmerüberlassung, sondern Leute, die in einem Werkvertrag arbeiten - habe ich immer gefragt, ist das auch auskömmlich. Ist das, was die potenziellen Auftragnehmer im Wettbewerb anbieten, als Entgelt für die Leistung auch tatsächlich dem angemessen, was an Arbeit geleistet werden muss. Darum geht es nämlich. Es muss auskömmlich sein, damit die Arbeit in der

Zeit in der vorgegebenen Qualität geleistet werden kann und dabei auch noch das entsprechende Gehalt gezahlt wird. Da wurde mir immer vonseiten der Stadt gesagt, ja, wir haben das geprüft, es ist auskömmlich. Also wenn da Defizite bestehen, dann muss bei diesen Ausschreibungen die Auskömmlichkeit besser geprüft werden. Ich habe das, wie gesagt, mehrmals thematisiert, und wir als Stadträte müssen natürlich dann dem glauben, was die Stadt uns sagt.

So, jetzt ist es so, dass diese Verträge mit den Partnerfirmen ja keine Knebelverträge sind. Wir haben in der öffentlichen Beratung im Personalausschuss gelernt, dass auch Tarifentwicklungen bei den Partnerfirmen zu 95 Prozent, also fast vollständig, berücksichtigt sind. Das heißt, wenn sich der Tarif ändert, nach dem die Mitarbeiter bezahlt werden müssen, wird automatisch das Geld, das Entgelt für die Leistung durch die Stadt erhöht. So sind die Verträge gestrickt, das wurde uns zugesagt. Das heißt, wir müssen auch nicht bei einer Tarifentwicklung befürchten, dass die Kollegen in den Partnerfirmen schlechter bezahlt werden. Letztendlich ist es doch so, dass bei Licht betrachtet eine Anstellung in einer Partnerfirma niederschwelliger ist als bei der Stadt, und deswegen kommt es vielen Menschen zugute, die sonst gar keine Chance hätten, hier die Reinigung durchzuführen. Deswegen ist es auch ein sozialer Aspekt, die Partnerfirmen zu beschäftigen. Vor diesem Hintergrund tragen wir die Maßnahmen, die die Stadt jetzt vorgeschlagen hat, 20 Prozent garantierte Eigenanteil, was die Reinigung angeht, und die Qualitätsmanagement Einführung mit, und vor diesem Hintergrund müssen wir die Anträge ablehnen.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Man scheint hier zwei Dinge zu vermischen, und das eine ist die Quote bei der Stadt und ich weiß nicht, warum in vielen Köpfen herumschwirrt, dass, wenn man Mitarbeiter bei der Stadt ist, dass man dann sauberer putzt, als wenn man jetzt bei einem privaten Anbieter angestellt ist, aber vielleicht ist es so, ich weiß es nicht. Sicherlich ist ein Faktor, wenn ich Mitarbeiter der Stadt bin, dass ich dann ein sichereres Gefühl habe, meine Arbeitsplatz nicht so schnell zu verlieren. Das gebe ich gerne zu. Aus der Praxis weiß ich aktuell, dass viele der Reinigungsfirmen Objekte kündigen, weil sie nicht mehr das verfügbare Personal haben. Die haben einfach niemanden mehr, der dort putzt und sagen, ein Objekt, was nur sieben Etagen hat, das rentiert sich für uns nicht mehr, die Anfahrt, das können wir nicht mehr leisten. Was machen die, klar wird dort auch geputzt oder wenn Leute ausfallen, da geht eben wochenends der Chef und die Chefin mit hin oder wenn natürlich zwei Feiertage hintereinander sind und trotzdem gleich viele Objekte geputzt werden müssen. Ich habe mir das mal so vorgestellt, wenn wir das bei der Stadt zu 100 Prozent machen, und wir haben dann so eine Krankheitsquote von 20 Prozent, ob dann der wertere Herr Oberbürgermeister und seine Gattin am Samstag und am Sonntag kommen und helfen, die Schulen zu putzen. Das wäre ja auch mal eine spannende Frage, wie das dann bei uns gehandhabt wird. Ich sehe das schwierig und auch den Grundsatz, viele meiner Vorredner haben das gesagt, das Mittelstandsfinanzierungsgesetz was ein Privater gut machen kann, das sollte nicht Aufgabe der Stadt sein.

Zum Thema Mindestlohn möchte ich noch mal sagen, es gibt mit Sicherheit schwarze Schafe, aber wir bei der Stadt schließen ja keine Verträge mit so einem Ein- oder Zweimann-Betrieb ab und, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle drei Jahre kommt der Sozialversicherungsprüfer, und der prüft die Daten und der prüft natürlich auch den Mindestlohn und das wird heute alles auf elektronischem Weg übermittelt und wenn da jemand sagt, also er wird nicht nach Mindestlohn bezahlt, das kann ich irgendwo nicht ganz nachvollziehen. Wir lehnen die Anträge allesamt ab.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Lassen Sie mich zu einzelnen Punkten noch was ausführen. Die in dem Radiointerview aufgeworfenen Vorwürfe sind natürlich, wenn sie so stimmen, und davon gehe ich aus, untragbar, und wir gehen der Sache natürlich nach, denn wir haben ja gemeinsam mit Ihnen auch ganz klar vereinbart, dass alle Dienstleistungen auch nur dann an Firmen vergeben werden, die A) eine auskömmliche und B) vor allem auch eine tarifgebundene Bezahlung nachweisen können. Jetzt gucken wir uns vielleicht nicht jeden Arbeitsvertrag an. Ich halte es theoretisch sogar für möglich, dass in den Arbeitsverträgen ein höherer Lohn drinsteht, und es wird aus irgendwelchen Tricks dann ein niedrigerer bezahlt, dann kommen wir nur dann ran, wenn sich solche Personen auch bei uns melden oder überhaupt melden. Deswegen kann ich nur aufrufen, dass die Dame, die da in dem Interview war, sie kann ja anonym bleiben, aber uns da einen entsprechenden Tipp gibt. Nach den entsprechenden EU-Rahmensetzungen sind wir ja auch verpflichtet, eine Anonymität zu gewährleisten und ein solches Angebot zu machen. Das gibt es bei uns über das Rechnungsprüfungsamt auch. Das heißt, wir haben sogar einen Briefkasten irgendwo. Man kann uns anonym informieren. Da geht man persönlich überhaupt kein Risiko ein, aber wenn wir das nicht irgendwie bekommen, wird es schwierig werden, jetzt mit unseren ganzen Reinigungsfirmen dieser Sache dann am Ende auch nachgehen zu können. Wir werden uns aber bemühen.

Für mich, liebe Frau Stadträtin Binder, ist das aber nicht der Beweis dafür, dass wir jetzt allen schwarzen Schafen dadurch das Wasser abgraben, indem wir jetzt alles in die städtischen Dienste übernehmen, sondern es zeigt mir, dass wir noch immer weit davon entfernt sind, die Mitbestimmung und die gewerkschaftliche Vertretung und die auch Kenntnis von den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen Branchen durchgesetzt zu haben. Es ist eher eine Frage an die Gewerkschaften, wie sichern sie es denn, dass auch in diesen Branchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ihren Rechten wissen, und wie kann man denn da die Mitarbeitenden auch ermutigen, für ihre Rechte einzustehen, denn der Reinigungsbereich ist ja nicht der einzige, in dem wir immer mal wieder über solche schwarzen Schafe stolpern. Das gibt es gelegentlich auch bei Caterern, das gibt es im Baugewerbe. Sollen wir jetzt alle diese Missstände dadurch lösen, dass wir jetzt alle Caterer, alle Baustellen und alle Reinigungskräfte und wen auch immer noch jetzt in städtische Dienste nehmen? Die Besserbezahlung im Bereich des TVöD ist ja genau ein Beweis dafür, dass da, wo Mitbestimmung gut funktioniert, habe ich auch sehr gute Tarifverträge und kann auch meine Rechte durchsetzen. Das heißt, wir haben hier ein Defizit der Mitbestimmung und ein Defizit der Arbeitnehmervertretungen in diesen Gewerben, aber ich kann jetzt nicht erkennen, warum wir das jetzt flächendeckend als Stadt klären müssen. Der Vorwurf der Tariffucht, Frau Stadträtin Wolf, der ist einfach an dieser Stelle unpassend, denn es gibt dort Tarife, der ist an dieser Stelle unpassend, denn es gibt solche Tarifverträge ja dort, die liegen nicht so hoch wie beim TVöD, aber warum das so ist, haben wir ja schon ausführlich diskutiert.

Ich nehme auch vor Jahren wahr, dass die Reinigungsleistung vor allem in Schulen sehr kritisch gesehen wurde, auch von den Eltern. Das hatte seinerzeit aber nicht etwas mit Fremdvergabe zu tun, sondern damit, dass wir die Reinigungsintervalle reduziert haben, weil wir unter Sparzwang standen, und gerade in letzter Zeit, ehrlich gesagt, habe ich solche Beschwerden auch nicht mehr in dem Maße gehört, wie das vor einigen Jahren noch der Fall war. Insofern steht für mich die Aussage auch noch relativ unbewiesen im Raum, dass jetzt die eigenen Reinigungskräfte per se immer gründlicher reinigen als andere. Ich

weiß, dass es solche Rückmeldungen gibt, aber sie sind, ich sage mal, ein Stück weit auch ins Allgemeine gezogene Einzelerfahrung.

Jetzt haben wir verschiedene Themen hier. Wir haben eine Beschäftigungsquote, eine Eigenbeschäftigungsquote von 26 Prozent. Wir hatten vorgeschlagen im Rahmen der Haushaltssicherung, das auf 20 Prozent herunterzufahren. Wenn ich mir alle Antragsteller zusammenzähle, die hier verschiedene Anträge gestellt haben, sehe ich, dass es hier eine Mehrheit gibt, dass wir das nicht vollziehen können. Insofern schlage ich Ihnen jetzt vor, dass wir aktuell die 26 Prozent halten. Wir müssen dann aber für diese Einsparung, die wir vorgesehen haben, eine andere Einsparung finden, und wir reden dann in den Haushaltsberatungen noch mal darüber, ob uns das gelungen ist oder nicht, aber zunächst mal halten wir diese 26 Prozent aufrecht und würden auch aktuell diesen Vorschlag... Anders herum, ich kann Ihnen nur versprechen, dass wir diesen Vorschlag, die 26 Prozent zu halten, in den Haushaltsentwurf aufnehmen, wenn wir dafür an anderer Stelle etwas einsparen, aber das können wir im Moment erst mal offen halten. Das können wir bei den Haushaltsberatungen abschließend klären.

Wir versprechen Ihnen, weil es auch nachvollziehbar ist, dass wir das Qualitätsmanagement verbessern. Das müssen wir in jedem Fall tun. Da gehört auch ein Mechanismus rein, Frau Stadträtin, wie wir denn dann die Tariftreue der Firmen noch mal versuchen besser zu prüfen. Also Qualität hat dann für mich an der Stelle zwei Schienen. Einmal die Qualität vor Ort und einmal die Qualität auch des Nachweises, dass wir hier in die entsprechenden Verträge auch individuell reinschauen können. Wenn Sie jetzt wünschen, dass wir auf 50 Prozent hochgehen, wobei das ja so irgendwie cool klingt, dass man sagt, 50 Prozent ist eine Gewichtung, wir werden dann trotzdem Gebäude haben, die nur von Fremdkräften gereinigt werden und andere Gebäude, die nur von eigenen Kräften gereinigt werden. Ob das dann eine Gewichtung ist, weiß ich nicht, weil, wenn Sie es mischen, wird es völlig unübersichtlich. 50 Prozent bedeutet, dass wir unsere eigene Reinigungsleistung etwa verdoppeln müssen. Dann müssen wir auch über Strukturen reden. Dann müssen wir darüber reden, wie wir die am Arbeitsmarkt überhaupt bekommen sollen, wenn schon die traditionellen Reinigungsbetriebe Schwierigkeiten haben. Wir haben teilweise vermutlich höhere Qualifikationsansprüche, und wir müssen teilweise Leute auch vor Unterforderung schützen, die aber, Herr Stadtrat Dr. Schmidt hat es richtig gesagt, manchmal ganz froh sind, wenn sie jetzt erst mal so einen Einstieg wieder schaffen über ein Reinigungsunternehmen. Ich kenne da auch viele Beispiele, Leute mit Ingenieurabschluss aus anderen Ländern, die noch auf die Anerkennung warten oder was auch immer, und die sind dann auch manchmal ganz froh, wenn sie erst mal zur Überbrückung einen solchen Job bekommen.

Ich möchte auch noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, gerade in Zeiten knapper Kasse müssen wir das Subsidiaritätsprinzip noch ernster nehmen. Also wir müssen eigentlich gerade dann eher darüber nachdenken, wie sieht denn bei uns eine Arbeitskritik aus, was können wir dann eventuell oder was müssen wir bei uns verstärken, weil es kein anderes Angebot gibt, und wo können wir dann aber vielleicht auch auf andere Lösungen zurückgreifen. Das drehen Sie im Moment ein bisschen auf den Kopf, und wenn Sie uns zwingen würden, bei den Haushaltsberatungen durch Ihre Anträge 50 Prozent schon sehr frühzeitig zu realisieren, so Sie uns dazu zwingen können, dann muss das zu Lasten anderer Ausgaben gehen. Dann müssen wir in anderen Bereichen, für die wir eigentlich vielleicht sogar hoheitliche Zuständigkeit haben, Qualität reduzieren, um in einem Bereich, wo ich in der Privatwirtschaft ausreichend Angebot habe, dann eine entsprechende Reduzierung

vorzunehmen. Das ist aus meiner Sicht ein bisschen widersinnig zur aktuellen Situation. Das alles, um es noch mal von unserer Seite her deutlich zu machen. Jetzt gibt es ja vier verschiedene Anträge, die sich zum Teil, glaube ich, schon ein bisschen überlebt haben. Frau Stadträtin Binder hat sich noch mal gemeldet. Dann komme ich zur Antragsabarbeitung.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ja, wir haben ja den Änderungsantrag eingereicht, um deutlich zu machen, A) wir reduzieren unseren Anspruch auf Rekommunalisierung auf diese Unterhaltsreinigung, wohlwissend, dass die anderen Reinigungsdienste mit entsprechenden Gerätschaften und so weiter ausgestattet sein müssen, aber die Unterhaltsreinigung als die flächendeckende Reinigung und die zu 50 Prozent eben mit städtischen Reinigungskräften zu erstellen, hat für mich gleichzeitig auch die Wirkung einer Qualitätssicherung, weil diese Menschen, die als städtische Mitarbeiter*innen meistens dann ja auch langjährig beschäftigt sind, als Anlaufstelle auch für die externen Mitarbeiter*innen dienen können, Hilfestellung geben können etc., gleichzeitig Ansprechpartner*innen sind für die städtischen Angestellten, die eben nun mal direkt vor Ort erreichbar sind. Das ist für mich ein Teil der Qualitätssicherung, weil ich Menschen habe, die ich ansprechen kann. Deshalb haben wir gesagt, okay, diese 50 Prozent abzudecken mit städtischen Mitarbeiter*innen und den anderen Teil eben tatsächlich aufzufüllen durch Externe, durch Partnerfirmen, Dienstleisterinnen und Dienstleistern, die dann mit Fremdpersonal dieses alles ergänzen. Das war ja der Punkt. Deshalb würden wir den ursprünglichen Antrag als erledigt betrachten, aber ich bin auch dankbar dafür, dass Sie tatsächlich auch die Aussagen zu dem Thema des Qualitätsmanagements mehr oder weniger bestätigt haben, weil ich glaube schon, es geht um mehr als nur um Gucken, wie sauber ist was. Es geht darum, gute Arbeit zu gewährleisten, im Sinne von dem Begriff, den die Gewerkschaften über viele Jahre geprägt haben. Gute Arbeit heißt nicht nur gute Leistung abliefern, sondern gute Arbeit heißt sichere Arbeit, anständige Arbeitsbedingungen und Bezahlung, von der ich leben kann. Das gehört mit rein in dieses Qualitätssicherungspaket.

Der Vorsitzende: Dann steht eigentlich nur noch der Änderungsantrag der SPD und der GRÜNEN zur Abstimmung, in dem Sie ja fordern, dass wir das Ziel der 50-prozentigen Unterhaltsreinigung hier anstreben sollen. Den würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. Wenn er eine Mehrheit findet, kann ich Ihnen an der Stelle nicht die Umsetzung dieses Antrags zusagen, sondern wir würden uns dann beauftragt fühlen, Ihnen für die Haushaltsberatung ein Konzept vorzulegen. Dann kann die endgültige Entscheidung erst eben angesichts der dann nötigen Zwischenschritte und Vorbereitung erfolgen. Also im Grunde müssten Sie ihn in einen Prüfungsantrag umwandeln, sonst muss ich das ja direkt in den Haushalt verweisen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Da möchte ich jetzt an der Stelle schon widersprechen, weil wir beschließen tagtäglich Konzepte, deren Finanzierungen nicht abgesichert sind, sei es das Programm für aktive Mobilität. Sei es das Sanierungsprogramm städtischer Gebäude. Das können wir an der Stelle nicht miteinander verknüpfen und so, wie Sie es am Anfang gesagt haben, das Ziel zu entwickeln und uns dann vorzustellen und danach in die Umsetzung dieses Ziels zu gehen, das ist ja genau das, was wir heute beauftragen. Wir beauftragen hier heute nicht, mit dem nächsten Doppelhaushalt den Anteil oder die Anzahl der städtischen Reinigungskräfte zu verdoppeln, sondern wir beauftragen, das Ziel zu verfolgen.

Der Vorsitzende: Also, da ich ja weiß, dass, wenn ich Ihren Antrag jetzt verweise, Sie einen solchen Prüfungsantrag jederzeit bereit sind, mündlich zu stellen, ist es jetzt, glaube ich, unerheblich, dass wir da hin und her streiten. Sie möchten das Ziel 50 Prozent. Ich kann Ihnen das Ziel in den nächsten zwei Jahren im Doppelhaushalt nicht zusagen. Ich kann Ihnen aber eine Vorlage entwickeln, wo man Ihnen noch mal deutlich macht, was für Kosten das bedeutet, was das an anderer Stelle für Reduzierungen mit sich bringt, und dann können Sie während der Haushaltsberatung entscheiden, ob es für Sie schon im nächsten Doppelhaushalt ein Thema ist oder nicht. So würde ich jetzt mit Ihnen an der Stelle verbleiben. Ich empfehle trotzdem, dieses Ziel nicht zu beschließen, das ist meine ausdrückliche Empfehlung als Stadt, auf der Grundlage der von mir ausgeführten Betrachtungen, dass das im Moment aus meiner Sicht nicht passt und dass es auch von dem Subsidiaritätsprinzip nicht passt und dass auch diese Defizite, die hier festgestellt worden sind, was die Qualität der Reinigung betrifft, anders gelöst werden muss. Das schlagen wir Ihnen ja auch vor, und was die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse betrifft, da müssen wir sicherlich noch stärker kontrollieren, aber das ist auch etwas, wo wir Fehler in anderen Systemen nicht immer durch kommunale Verantwortung ausgleichen können. Das wird bei den Haushaltsberatungen sowieso noch mal ein großes Thema werden.

Stadtrat Hofmann (CDU): Also, ich verstehe jetzt gerade die Diskussion nicht. Wir haben das sehr oft schon gemacht, dass Sie was zugesagt haben, dass Sie das dann entsprechend darstellen werden. Also, entweder es ist ein Prüfauftrag, dann kann er den mitnehmen, aber im Endeffekt sehe ich das auch nicht als Prüfauftrag, sondern schon als Aufgabe, da eben hinzugehen. Im Prinzip hat Herr Oberbürgermeister eben klar dargestellt, dass es in den nächsten Doppelhaushalten eben nicht darstellbar ist. Also braucht man eigentlich über diesen Antrag hier nicht abzustimmen. Er kann so nicht abgestimmt werden. Dann muss er in die Haushaltsberatungen rein. Ein Prüfauftrag in der Sache, wie es eben gesagt wurde, kann er aber auch mündlich in Zusagen und kann sagen, wir nehmen das an entsprechend und sagen Ihnen das dann entsprechend, aber hier kann es eigentlich so als dieser Antrag nicht abgestimmt werden.

Der Vorsitzende: Es ist jetzt ein bisschen eine Wortklauberei, glaube ich. Da sollten wir uns nicht verwickeln. Es gibt jetzt zwei Anträge. Es gibt drei Fraktionen oder vier, die jetzt sagen, wir wollen 50 Prozent. Ich kann diesen Antrag heute so nicht abstimmen lassen, aber natürlich können mich vier Fraktionen, wenn sie eine Mehrheit finden, beauftragen, dass ich Ihnen bei den Haushaltsberatungen vorlege, was das bedeutet, was Sie dann an anderer Stelle..., was wir an Strukturen überhaupt erst mal schaffen müssen, und dann würden Sie das noch mal zur Abstimmung in den Haushaltsberatungen auf den Tisch kriegen. Der Vorteil ist, wenn es eine Mehrheit dafür gibt, dass Sie Zahlen kennen und dass Sie eine Konzeption kennen, denn sonst wäre es auch schwierig, in den Haushaltsberatungen mal eben so was zu beschließen, wenn Sie gar nicht wissen, was es kostet, wie wir das alles darstellen und so weiter. Deswegen ist es auch in unserem Sinne, dass, wenn in den Haushaltsberatungen so ein Thema kommt, Sie ausreichend vorbereitet sind, und damit beauftragen Sie uns jetzt. Damit wird ja auch ein Stück weit eine Ambition eines Teiles dieses Hauses sichtbar oder nicht sichtbar. Also das finde ich an der Stelle einfach auch nur fair, auch wenn mir natürlich möglicherweise der Beschluss nicht passt, aber so ist das eben. Können wir dann mit einem so etwas formulierten Prüfauftrag oder Beauftragung der Verwaltung ein Konzept zu entwickeln, wie denn die 50 Prozent in den nächsten Jahren erreicht werden könnten, und Sie werden das erst in den Haushaltsberatungen endgültig dann zur Entscheidung vorgelegt kriegen, können wir das so..., es ist im Grunde ein

Prüfauftrag. Mit Zahlen, ja klar. Nein, also Sie fordern von uns ein Konzept an, und Sie signalisieren ja dadurch, dass Sie diese Forderung heute, dass das eine Mehrheit hat, auch damit, dass Sie es dann am Ende durchsetzen wollen. Also das politische Signal ist doch genauso gut, sonst müsste ich das jetzt in die Haushaltsberatung komplett verweisen. Das macht aber keinen Sinn, weil dann diskutieren wir wieder ohne Zahlen, und dann können wir das auch nicht machen. Okay, also diese Auftragslage habe ich jetzt formuliert. Ist da jetzt noch irgendwas unklar?

Stadträtin Melchien (SPD): Genau, also es wird sicher mühsam. Uns ist wichtig, dass wir hier heute klar festhalten, besteht eine Mehrheit für diesen Wunsch, das Ziel, 50 Prozent zu erreichen und warum auch immer wir das heute nicht so beschließen dürfen, muss der Prüfauftrag dann aber beinhalten, wie wir dieses Ziel, das mehrheitliche Ziel des Gemeinderats auf 50 Prozent zu kommen, erreichen können. Wir haben auch nicht gesagt, wir wollen es kurzfristig erreichen. Wir haben auch nicht gesagt, es muss im nächsten Doppelhaushalt geschehen. Wir wollen zu diesem Ziel kommen, und das bitte ich, dann in der Prüfung umzusetzen.

Der Vorsitzende: Also ich will es mal so formulieren. Ihr Begehrt ist doch, wir wollen 50 Prozent, und deswegen beauftragen wir die Verwaltung, bis zu den Haushaltsberatungen darzustellen, wie das in verschiedenen Etappen in den nächsten Jahren geleistet werden kann und was es kostet. Das wird endgültig während der Haushaltsberatung auf den Tisch gelegt, und dafür gibt es jetzt eine Mehrheit oder nicht, und die Mehrheit hat dann gesagt, was sie will, aber Sie können uns noch nicht heute beauftragen, dass wir dieses Ziel im nächsten oder im übernächsten Jahr umsetzen, weil ich nicht wüsste, wie ich es tun soll. Okay, also dann formulieren wir das jetzt so. Wir wollen 50 Prozent. Wir beauftragen die Verwaltung, hier eine Konzeption darzustellen, wie das erfolgen müsste, und das wird dann zur Diskussion in den Haushaltsberatungen noch mal auf den Tisch gelegt.

Für das bitte ich Sie jetzt eben um das entsprechende Votum, und zwar ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit. Wir fühlen uns beauftragt und werden Ihnen dann die Zahlen auf den Tisch legen und die Konzeption.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. März 2023